



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze** und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abschiebungen nach Afghanistan stoppen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich bei der nächsten Konferenz der Innenminister und Senatoren

1. für ein Bleiberecht für afghanische Staatsangehörige einzusetzen und
2. sich für einen Abschiebestopp nach Afghanistan einzusetzen.

Begründung:

Die Sicherheitslage in Afghanistan ist nach wie vor prekär. Es besteht die Sorge, dass nach dem Abzug der internationalen Streitkräfte ein Vakuum entsteht und Afghanistan im Chaos versinkt. Nach Einschätzung der lokalen und internationalen Beobachterinnen und Beobachter wird sich die Situation der Zivilbevölkerung weiter verschlechtern. Die möglichen Folgen der Situation in Afghanistan hat uns bereits das Beispiel Irak bitter vor Augen geführt. In Afghanistan kann der Siegeszug islamistischer Gruppierungen den Endpunkt der internationalen Bemühungen um die Herstellung einer demokratischen Grundordnung bedeuten.

In dieser schwierigen Gemengelage Flüchtlinge und Schutzsuchende in das Kriegsgebiet abzuschieben, würde nicht nur unverantwortlich sein, sondern auch die jetzige katastrophale Situation noch weiter verschlimmern. Dass bereits jetzt die Situation in Afghanistan gefährlich ist, zeigt die hohe Zahl der Flüchtlinge, die tagtäglich Afghanistan verlassen. Auch Männer sind in Afghanistan akut durch Terror und Zwangsrekrutierung gefährdet, das bestätigen die Berichte des UN-HCR. Auch sie dürfen nicht weiter dorthin abgeschoben werden. Daher soll sich Bayern bei der Innenministerkonferenz für den Verbleib der betroffenen afghanischen Flüchtlinge in Deutschland aussprechen.